

# Pressemitteilung

Alternative für Deutschland  
Kreisverband Ostwürttemberg

Aalen, 8. Oktober 2014



## Landeserstaufnahme für Asylbewerber in Ellwangen: „Mut zur Wahrheit statt Betroffenheitsappelle“

Der Kreisverband Ostwürttemberg der Alternative für Deutschland fordert eine Begrenzung von Asylbewerbern im Ostalbkreis. Der Kreisvorsitzende Jan-Hendrik Czada sagte dazu nach einer Sondersitzung des Kreisvorstands: „**Wir können die Probleme dieser Welt nicht mit dem Asylrecht lösen.**“

**Die AfD Ostwürttemberg verschließt sich angesichts der Dramatik im Irak und in Syrien nicht der Flüchtlingshilfe. Die Realität der Aufnahme sieht jedoch anders aus.** Asylbewerber im Ostalbkreis kommen derzeit mehrheitlich aus dem Balkan, aus Afrika oder Russland, jedoch nicht aus akuten Bürgerkriegsgebieten. In der neuen Landeserstaufnahme in Ellwangen würden laut Landesregierung momentan vor allem noch Asylbewerber aus Serbien untergebracht. Serbien ist EU-Beitrittskandidat. **Die AfD Ostwürttemberg betrachtet die derzeitigen Betroffenheitsappelle deshalb als irreführend. Und fordert, dass ausschließlich politisch Verfolgte und mit dem Leben bedrohte Personen Aufnahme finden.**

**Ein großer Teil der Asylbewerber ist nicht asyلبerechtigt.** Laut Statistik werden nur 1,6% der Asylanträge positiv entschieden. Im Ostalbkreis halten sich derzeit rund 1200 Personen auf, deren Antrag abgelehnt wurde. Die begrenzten Kapazitäten der Unterbringung haben nicht zur Folge, dass abgelehnte Asylbewerber abgeschoben werden. Bereits in der LEA finden Integrationsmaßnahmen statt. Hier wird das Asylrecht zu Zwecken einer Einwanderungspolitik missbraucht. Dies ist mit unserer Forderung nach einer qualifizierten Zuwanderung unvereinbar. **Die AfD Ostwürttemberg fordert die Abschiebung von abgelehnten Asylbewerbern, damit Räumlichkeiten und finanzielle Mittel für tatsächlich Verfolgte frei werden. Die AfD Ostwürttemberg fordert weiterhin eine schnellere Bearbeitung von Asylanträgen.** Ein Zeitraum von teils deutlich über einem Jahr ist für die Abarbeitung inakzeptabel.

**Deutschland ist europaweit einer der Hauptträger der Flüchtlingsproblematik.** Kaum ein anderes Land nimmt so viele Flüchtlinge auf wie Deutschland. Während bei anderen Projekten schnell mit den Kosten argumentiert wird, scheint dies hier keine Rolle zu spielen. Andere Staaten verstoßen derweil offen gegen EU-Recht und die Dublin-Verordnung, schicken Asylbewerber teils nach Deutschland, um Kosten zu sparen. **Die Abwälzung der Flüchtlingsproblematik auf Deutschland ist untragbar.**

**Bezüglich einer Landeserstaufnahme in Ellwangen erkennt die AfD Ostwürttemberg, dass diese in keinem Verhältnis zur Einwohnerzahl steht. Die Belastungsgrenzen werden überschritten.** 1000 Asylbewerber sind für eine Stadt mit 12000 Einwohnern eine unverhältnismäßige Belastung. Eine solche Anzahl würde die Stadt verändern und erfahrungsgemäß die Sicherheitslage verschärfen. Die Asylbewerber würden sich frei in der Stadt sowie im Ostalbkreis bewegen, erfahrungsgemäß Konflikte und möglicherweise Krankheiten aus ihren Heimatländern mitbringen. Angesichts des vorhandenen Platzes im Kasernenareal und der Überbelegung bisheriger LEAs, ist aus unserer Sicht nicht ausgeschlossen, dass die geplante Anzahl an Asylbewerbern in Ellwangen noch deutlich überschritten würde, wenn sich die Lage weiter verschärft.

Nachdem die LEA zunächst dauerhaft eingerichtet werden sollte, wurde mittlerweile eine zeitliche Befristung mit Verlängerungsoption ins Spiel gebracht. Kreisrat Jan-Hendrik Czada: „**Die Befristung der Landeserstaufnahme auf fünf Jahre ist eine Nebelkerze.**“ Sobald eine LEA eingerichtet ist, wird es kein baldiges Zurück mehr für Ellwangen geben. **Die AfD Ostwürttemberg lehnt die Einrichtung einer LEA in der Reinhardt-Kaserne in Ellwangen ab.** Die Aufnahme von Flüchtlingen darf zudem nicht dazu führen, die Ursachenbekämpfung aus dem Blick zu verlieren.

**Pressekontakt:**  
E-Mail: [presse@afd-ostwuerttemberg.de](mailto:presse@afd-ostwuerttemberg.de)  
Telefon: 0174 – 738 05 80